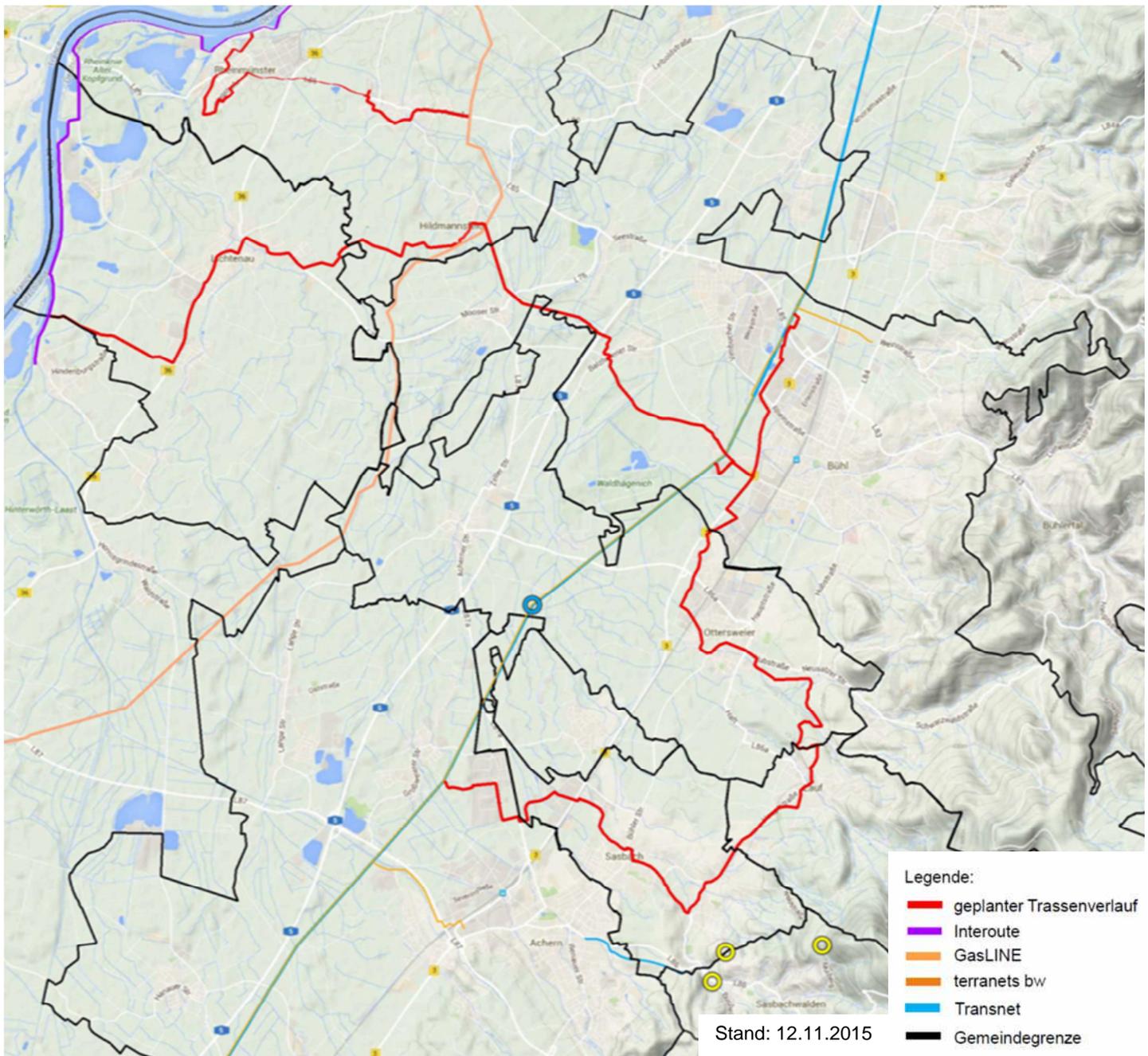


## Anlage 1 – Projektbeschreibung

Die Gemeinden Sasbach, Lauf, Ottersweier, Lichtenau, Rheinmünster und die Stadt Bühl haben sich auf eine Zusammenarbeit verständigt und ein Backbone-Netz erarbeitet.



Aufgrund des Ausstieges der Stadt Achern werden zurzeit Gespräche bzw. Verhandlungen mit anderen interessierten Kommunen geführt, die evtl. später in das Projekt einsteigen. Ein nachträglicher Einstieg ist aufgrund des schlanken und einfachen Organisationsaufwandes und Vertragsrechts jederzeit möglich, wenn sich alle darauf verständigen.

### Vorteile der Interkommunalen Zusammenarbeit:

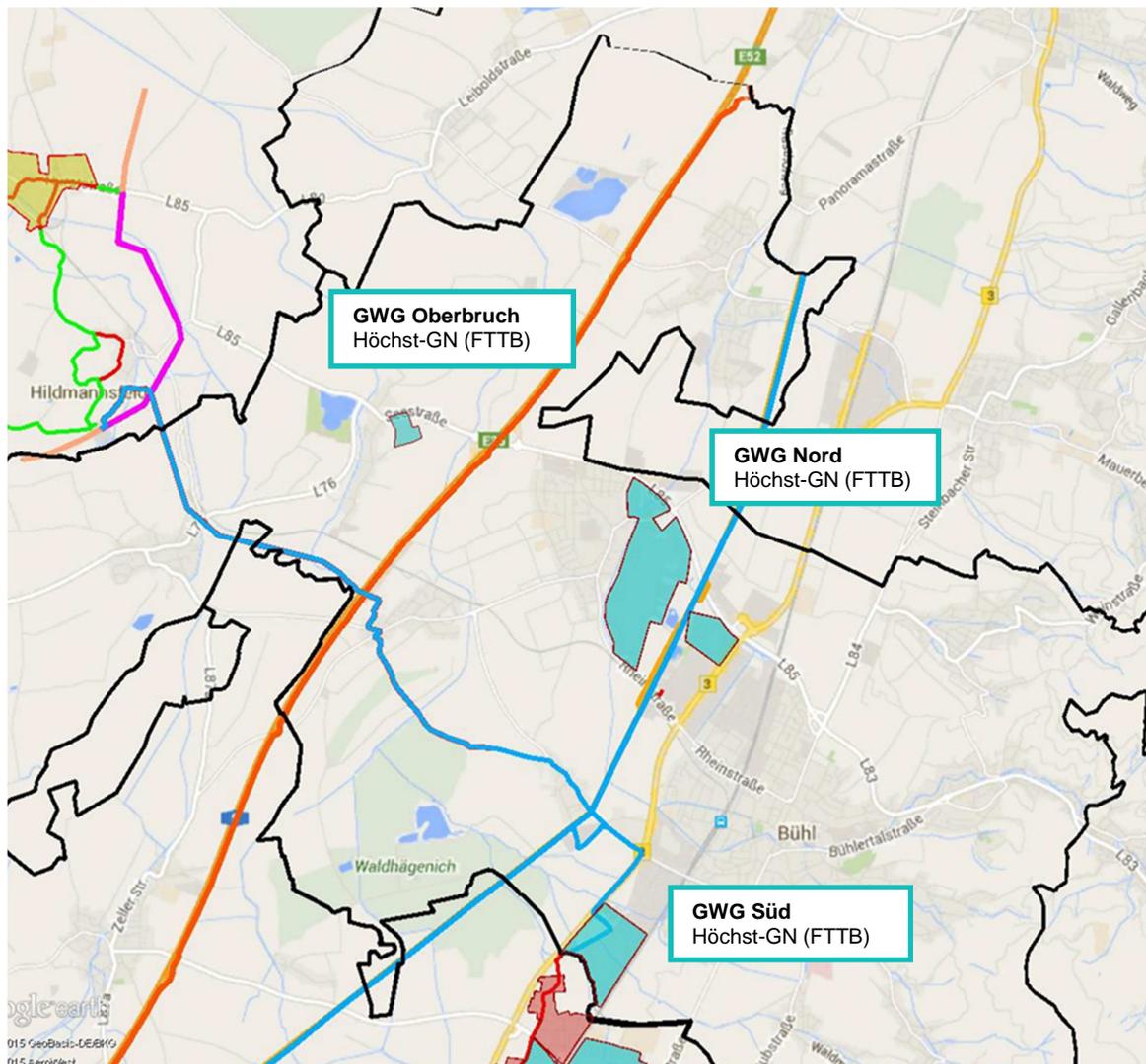
- Effiziente und schlanke Organisationsstruktur
- Gemeinsames Marketing und Öffentlichkeitsarbeit
- Effiziente bauliche und verwaltungstechnische Umsetzung durch Arbeitsteilung
- Bessere Vermarktung und höhere Renditechancen
- Schnellere und effektivere Umsetzung gegenüber den Landkreisen
- Erhöhung des Grundzuschusses um 30 % für Interkommunale Zusammenschlüsse

### Vorteil des Gesamtprojektes:

- Aufbau einer zukunftsfähigen Infrastruktur (Daseinsvorsorge/Standortsicherung)
- Sehr gute Fördermöglichkeiten im Rahmen des Landeszuschussprogramms „Breitbandförderung“
- Regelmäßige Einnahmen durch Vermietung und Verpachtung
- Regionale Wertschöpfung

Bisher sind für die Planungen, Abstimmungsgespräche und Rechtsberatung Kosten in Höhe von ca. 15.000 Euro entstanden. Diese Ausgaben waren notwendig, um für die Projektierung die erforderlichen Aussagen zur Machbarkeit zu erhalten.

## Übersicht der Ausbauegebiet (Gemarkung Bühl)



### Aktuelle Kostenschätzung nach dem derzeitigen Planungsstand (Grobplanung):

Ausbauegebiet: Gewerbegebiet Süd I (südlich Fa. Bosch)  
Gewerbegebiet Nord I (Bereich Fa. Kaba Gallenschütz)  
Gewerbegebiet Vimbuch  
Gewerbegebiet Unter- und Oberkirchweg

#### Kostenschätzung:

Backbone-Netz	ca. 257.711,00 Euro
Verteilnetz	ca. 1.117.981,20 Euro
Grundstücksanschlüsse	ca. 65.000,00 Euro
<b>Gesamtsumme:</b>	<b>ca. 1.440.692,20 Euro</b>

möglicher Zuschuss <u>mit</u> kommunalen Verbund:	ca. 860.850,00 Euro
Eigenanteil:	ca. 579.842,20 Euro
Zuschussquote:	~ 60 %

Zuschuss <u>ohne</u> kommunalem Verbund:	ca. 313.310,00 Euro
Eigenanteil:	ca. 1.127.382,20 Euro
Zuschussquote:	~ 22 %
Differenz:	ca. 547.540,00 Euro

Kundenpotenzial:

Gewerbebetriebe:	200
unbebaute Grundstücke:	60
Schulen:	6

Bei einer zukünftigen Auslastung von ca. 40 % (100 Kunden) wäre auf Grundlage aktueller Ausschreibungsergebnisse in der Rheinschiene eine Amortisation innerhalb von 20 Jahren möglich.

In der Kostenschätzung wurden ein Risikozuschlag in Höhe von 10 %, sowie mögliche Kosten für Dokumentation (Leitungsaufnahme ins GIS) berücksichtigt.

Des Weiteren sind in den Berechnungen noch die Mehrwertsteuersätze bis zur Klärung einer möglichen Betriebsform (z.B. Eigenbetrieb) enthalten.

Risikobetrachtung:

Die aktuelle Debatte zur Breitbandversorgung in Deutschland und die aktuellen Aktivitäten auf dem Markt und im Bereich der Förderthematik ist aus Sicht der Verwaltung der beste Zeitpunkt ein solches Projekt umzusetzen.

Nach der ersten Vorstellung bei der Landesanstalt für Kommunikation (LFK) wurde die Planung als sehr schlüssig und zukunftsorientiert attestiert. Die Planung wurde in der ersten Runde von der LFK genehmigt.

Im Vorfeld wurden mit potenziellen Netzbetreibern informelle Gespräche geführt, um Interessen der Netzbetreiber in die Planung einfließen zu lassen und vor allem um die Chance eines Vergabeverfahrens zu erkunden. Die Gespräche waren sehr vielversprechend. Alle „großen“ Netzbetreiber zeigten offenkundig ein großes Interesse.

Beispiele anderer Interkommunalen Zusammenschlüsse zeigen in der Praxis, dass eine gute Projektumsetzung und ein späterer Betrieb mit guten wirtschaftlichen Zahlen möglich sind. Renditezahlen von 5 bis 10 % werden in verschiedenen Projekten bereits erwirtschaftet.

Für den Aufbau der Infrastruktur werden ca. 60 % an staatlichen Zuschüssen abgerufen und der Wert des Netzes wird – auch nach den 15 Jahren des Netzbetriebes – höher sein, als die aufgewendeten Eigenmittel.

Die Verwaltung sieht das mögliche Risiko einer Fehlinvestition als gering einzustufen an.

Weiteres Vorgehen:

Nov./Dez. 2015

Gemeinderatsbeschlüsse der beteiligten Kommunen  
Ausfertigung des öffentlich-rechtlichen Vertrags

Ab Januar 2016

Einreichung der ersten Zuschussanträge  
(Einreichung über die federführende Gemeinde)

Ab Mitte 2016

Spatenstich der ersten Baumaßnahmen

Ab 2017

Start des Netzbetriebes

Parallel auf Verwaltungsebene

Detailplanung und Ausschreibung der Maßnahmen  
Öffentlichkeitsarbeit/Marketing (Kundenakquise)  
Bauabwicklung wird selbstständig in jeder Kommune erfolgen  
Ausarbeitung der Ausschreibung des Netzbetriebes